Projektleitung:
Gabi Schlichtmann
Landeshauptstadt Hannover
Klimaschutzleitstelle

Fon: 0511 / 168 45935
Email: gabi.schlichtmann@hannover-stadt.de

Kontakt:
Annerose Hörter
4K │ Kommunikation für Klimaschutz

Fon: 0511 / 26 08 772
info@4k-klimaschutz.de

KLIMA-ALLIANZ HANNOVER 2020

Netzwerk

Partnerschaft für Klimaschutz (PfK)

Ergebnisprotokoll der Sitzung am 19.06.2018, 14:00 bis 17:30 Uhr

Ort: Baucontainer „Herzkamp“, Anfahrt über die Bischof-von-Ketteler-Str., Hannover-Bothfeld

Institution	Teilnehmer
Anwesend:	
Deutscher Mieterbund Hannover e. V.	Stephan Lohoff
e4consult	Dedo v. Krosigk
enercity Contracting GmbH	Sven Wellhausen
GMW Ingenieurbüro GmbH	Claas Husslik
Gundlach Bau und Immobilien GmbH & Co. KG	Andreas Kramer
Gundlach GmbH & Co. KG Wohnungsunternehmen	Franz-Josef Gerbens
Handwerkskammer Hannover	Frank-Peter Ahlers
hanova SERVICES	Dierk Schneider
Heimatwerk Hannover	Cord Holger Hecht
Hochschule Hannover, Institut für Energie und Klimaschutz	Sven Frederic Andres
Landeshauptstadt Hannover, Klimaschutzleitstelle	Astrid Hoffmann-Kallen
Öko-Institut e.V.	Tanja Kenkmann
Spar- und Bauverein eG	Norbert Probst
Studentenwerk Hannover	Michael Knüppel
Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Niedersachsen und Bremen	Hiram Kahler
Verband Privater Bauherren e.V. (VPB)	Tilo Blumenbach
Entschuldigt:	
Architektenkammer Niedersachsen	Angelika Blencke
GMW Ingenieurbüro GmbH	Theresa Hecking
Haus & Grundeigentum	Matthias Bergmann
Heimatwerk Hannover	Henning Scholz
meravis Wohnungsbau und Immobilien GmbH	Jörg Berens
proKlima - Der enercity-Fonds	Matthias Wohlfahrt
proKlima - Der enercity-Fonds	Verena Michalek
Region Hannover, Klimaschutzleitstelle	Enke Frank
WGH Herrenhausen	Jens Grundt
Zusatzversorgungskasse der Stadt Hannover (ZVK)	Claudia Otto

Moderation & Betreuung	
Landeshauptstadt Hannover, Klimaschutzleitstelle	Maria Büchner
4K│Kommunikation für Klimaschutz	Annerose Hörter
4K│Kommunikation für Klimaschutz	Christina Deike

Hinweis: Alle mit dem Stichwort ➔ **Anlage** versehenen Dateien können im LOGIN-Bereich der Seite www.hannover.de/klimaallianzintern heruntergeladen werden (falls sich der Link nicht öffnet, bitte direkt in den Browser kopieren).
Benutzername: netzwerk
Passwort: hannetzwerk92

Folgende Themen wurden behandelt:

TOP 1	**Begrüßung und Einführung** ▪ **A. Kramer** (Gundlach Bau und Immobilien GmbH & Co. KG) begrüßt die Teilnehmer*innen und Referenten der Sitzung im Baugebiet „Herzkamp“. Das Baugebiet und dessen Planung wurde bereits in der Sitzung der Partnerschaft für Klimaschutz im November 2017 vorgestellt. Die heutige Sitzung findet im Infopoint statt, welches Besucher*innen die Möglichkeit bietet, sich über das Baugebiet zu informieren. ▪ **A. Hörter:** In der Sitzung wird es um Neubau und suffizientes Wohnen gehen. Die zeitliche Abfolge wird geändert, so dass zunächst **Maria Büchner** (Klimaschutzleitstelle LHH) über die Entwicklung Kronsberg-Süd und die Kronsberg-Standards berichtet. Anschließend stellt **Dedo v. Krosigk** (e4consult) den Statusbericht 2016/ 2017 zu CO_2-Bilanzierung vor. **Tanja Kenkmann** vom Öko-Institut e.V. gibt einen Einblick in effiziente Wohnraumnutzung. Abschließend wird die Fortführung der Klima-Allianz 2020 diskutiert. ▪ **M. Knüppel** nimmt als stellvertretender Geschäftsleiter des Studentenwerkes erstmals teil. Ihm unterliegt der Bereich Bau. ▪ Das finale Protokoll von der Sitzung am 13.02.2018 wird bis 22.06.2018 versendet.
	➔ Anlage: Tagesordnung **➔ Anlage: Vortrag 4K + LHH**
TOP 2	**Kronsberg-Standards und Erweiterung Kronsberg-Süd** <u>Maria Büchner, Klimaschutzleitstelle Landeshauptstadt Hannover</u> Im Stadtteil Kronsberg steht die flächendeckende Entwicklung neuer Standards für ein gesamtes Baugebiet im Mittelpunkt. Er verbindet dabei die drei Themenfelder Städtebau, Soziokultur und Umwelt und entstand anlässlich der EXPO 2000 in einem kooperativen öffentlichen Planungsverfahren. Im Gebiet bestehen Standards für die Gebäudeeffizienz, Planungs- und baubegleitende Qualitätssicherung, umwelt- und gesundheitsverträgliche Baumaterialien, Wärmeversorgung, sowie für das Bodenmanagement. Auch E-Mobilität wurde bereits in der Planung vorgesehen. Die Erweiterung des Kronsberg-Süd umfasst drei Quartiere, welche um einen Stadtteilpark angesiedelt sind. Für das neue Quartier wurden städtebauliche Verträge geschlossen. **<u>Fragen/Diskussion der Teilnehmer*innen</u>**

	▪ **N. Probst:** Bei den Vorgaben für umwelt- und gesundheitsverträgliche Baumaterialien wird auch der Verzicht von PVC genannt. Allerdings ist ein Großteil des Bodenbelags ein Designbelag, welcher zwar außen parkettbeschichtet ist, aber innen aus PVC besteht. Ist dieser Designbelag verboten? → **C. Husslik** ergänzt bezüglich der Baumaterialien, ob es Ausnahmeregelungen gibt wie beispielsweise technische Dämmungen mit Aluminiumkaschierungen? → **M. Büchner:** Der Einsatz von PVC ist verboten. Grundsätzlich muss aber das konkrete Produkt und der Einzelfall betrachtet werden. Beispielsweise ist der Einbau von PVC-Fenstern im Mietswohnungsbau erlaubt, im Privatbau hingegen nicht. Es kann ebenso sein, dass Materialien wie bspw. Aluminiumkaschierungen bisher nicht berücksichtigt wurden. Einzelne Rückfragen und Detailfragen können gerne mit der Klimaschutzleitstelle geklärt werden, ebenso wie die Freigabe bei spezifischen Produkten. ▪ **D. Schneider**: Wann steht der Nahwärmeversorger fest? Da es sich um eine europaweite Ausschreibung handelt, welche weiteren Anbieter werden an der Ausschreibung teilnehmen? Wenn ein Dritter die Ausschreibung gewinnt, würde das Kraftwerk von enercity abgekauft werden bzw. welche Regelung ist denkbar? Inwiefern wird Biomassenutzung wie Biomethan eine Rolle spielen? → **M. Büchner:** Es handelt sich um eine relativ komplizierte Konzessionsausschreibung. Dabei werden auch andere Anbieter die Möglichkeit haben, sich zu bewerben. → **A. Hoffmann-Kallen:** Nachdem sich das Prozedere zeitlich verschoben hat, wird die Entscheidung im Januar 2019 von Seiten der Politik beschlossen. Biomassenutzung kann eine Rolle spielen, solange der Primärenergiefaktor ausreichend ist. → **S. Wellhausen:** Der Kronsberg wird von enercity Kraftwerk und von der GETEC Zentrale versorgt. ▪ **D. Schneider:** Wie zukunftsfähig ist es, E-Ladestellplätze mit 3,5 KW Ladekapazität auszustatten? Die meisten E-Autos besitzen keine so geringe Ladekapazität. → **M. Büchner:** Die 10 Standorte mit 3,5 KW Ladekapazität sind ein Mindeststandard. Natürlich kann mehr in den Verträgen festgehalten werden. Die Ladeinfrastruktur soll im Gebiet berücksichtigt werden ohne zu hohe Anforderungen zu stellen. Dennoch kann natürlich bei steigendem Bedarf weiter ausgebaut werden. → **A. Kramer:** Es sollten zumindest ausreichend Trafo-Standorte vorgehalten werden, damit sich eine intelligente Ladestruktur entwickeln kann. Natürlich erfordert dies auch die Vernetzung der Akteure. Dabei stößt man schnell an Grenzen wie beispielsweise bei Besitzverhältnissen. Gundlach wird 100% in den Verträgen festhalten. Außerdem ist es wichtig für den Bauprozess zu wissen, wann die Trafos installiert werden.
	→ Anlage: Vortrag „Entwicklung Kronsberg-Süd und Kronsbergstandards“, M. Büchner, LHH **→ Umsetzungskonzept Elektromobilität der Landeshauptstadt Hannover „hannover stromert“ verfügbar unter www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Umwelt-Nachhaltigkeit/Klimaschutz-Energie/Akteure-und-Netzwerke/Klima-Allianz-Hannover/Umweltfreundlich-mobil/Elektromobilit** **→ Anlage: Broschüren Bauen am Kronsberg Süd zu „Planungs- und baubegleitende Qualitätssicherung“ und „Gesundheits- und umweltverträgliche Baumaterialien“**
TOP 3	**CO_2-Bilanzierung. Statusbericht 2016/17** Dedo v. Krosigk, e4consult **Dedo v. Krosigk** stellt den aktuellen Stand der CO_2-Bilanzierung für 2016/2017 vor. Die Datengrundlage bilden dabei aktuelle Bestandsgebäude ohne Neubauten seit 2005. Es liegen einige Unternehmensangaben vor, allerdings stehen die Daten der Stadtwerke Hannover erst im Juli zur Verfügung, so dass heute nur die Ergebnisse von 2015 in Erinnerung gerufen wer-

	den können. Eine aussagekräftige Auswertung ist auch nach Vorliegen der enercity-Daten nur bis 2016 möglich, da wegen der rollierenden Ablesung die kompletten Verbrauchsdaten für 2017 erst Ende 2018 vorliegen. Die Energiebilanz aller Unternehmen zeigt eine Minderung des Heizenergieverbrauchs um 12% zwischen 2005 und 2015. Allerdings verlangsamt sich der rückläufige Trend seit 2009. Dabei ist ein Rückgang an Erdgasnutzung zu verzeichnen und ein Zuwachs an Fernwärme. Für die Treibhausgas-Emissionen aller Unternehmen ist eine Minderung von 24% zwischen 2005 – 2015 bilanziert. Zu diskutieren sind neue Zielsetzungen für 2030 und ob Neubauten in die Bilanzierung aufgenommen werden sollten. Neubauten können beispielsweise durch die Energieausweise mit dem mittleren spezifischen Verbrauch einbezogen werden oder durch KfW-Standard. Eine weitere Variante wäre, den gemessenen Verbrauch einzubeziehen. Zudem kann als Basis der Verbrauch und/ oder die Treibhausgase festgelegt werden. Beispielsweise kann ein Mix aus den Kriterien Treibhausgas und Energieverbrauch festgelegt werden. Die letzte Fragestellung sollte auf das nächste Treffen der Partnerschaft für Klimaschutz verschoben werden, wenn konkrete Zahlen vorliegen **Fragen/Diskussion der Teilnehmer*innen** ▪ **F.- J. Gerbens:** Der Neubau hat bei Gundlach einen nennenswerten Beitrag und sollte in die Bilanzierung eingebracht werden beispielsweise mit Durchschnittsverbrauch pro m^2. ▪ **D. Schneider:** Würde die hanova die Leonore-Goldschmidt-Schule Hannover-Mühlenberg als Passivhausschule einbeziehen können? → **A. Hoffmann-Kallen:** Es soll Neubau bei Wohngebäuden einbezogen werden. Die hanova ist an dieser Stelle eine Ausnahme. ▪ **T. Blumenback:** Es sollte der Verbrauch bilanziert werden, da die Bedarfsdaten ggf. nicht vorliegen. → **D. v. Krosigk:** Für Neubau liegen ab dem Punkt, wo das Gebäude bezogen wurde, Daten vor. Es müsste dann ein Vergleichswert gesetzt werden. → **F.-P. Ahlers:** Für eine bessere Außendarstellung sollte der gemessene Wert betrachtet werden.
	→ Anlage: Vortrag „CO_2-Bilanzierung. Statusbericht 2016/17“ D. von Krosigk, e4consult
TOP 4	**Effiziente Wohnraumnutzung. Ziele und Strategien.** Tanja Kenkmann, Öko-Institut e.V. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Öko-Institut beschäftigt sich **T. Kenkmann** mit energetischer Gebäudesanierung, Einsatz erneuerbarer Wärme, Nutzerverhalten und Suffizienz. Seit ca. 5 Jahren ist effiziente Wohnraumnutzung ihr Schwerpunktthema. **T. Kenkmann** stellt in ihrem Vortrag den Stand der Arbeiten am Öko-Institut e.V. vor. Ausgangssituation in Deutschland ist ein sinkender Raumwärmebedarf pro Wohnfläche, d.h. Sanierungsmaßnahmen zahlen sich aus. Gleichzeitig aber steigt die Wohnfläche pro Kopf. Neben den zunehmenden Einpersonenhaushalten spielen dabei auch die von Ein- bis Zwei-Personen bewohnten Ein- und Zweifamilienhäuer eine Rolle. Gleichzeitig fehlen kleine Wohnungen. Daraus ergibt sich eine Diskrepanz zwischen abnehmender Haushaltsgröße und Wohnungsbestand. Folge ist, dass die Nachfrage nach Wohnraum weiter steigt, was wiederrum zu Flächen- und Ressourcenverbrauch, Infrastrukturkosten, steigendem Energieverbrauch und Emissionen führt. Eine Verringerung dieser Effekte sind gute Argumente für eine effiziente Wohnraumnutzung. Dem stehen jedoch eine ganze Reihe an Hemmnissen gegenüber sowohl bei den Akteuren in der Kommune wie auch bei der Zielgruppe selbst. Gleichzeitig gibt es eine Reihe an Ansätzen

für den Bestand wie die Vermittlung kleinerer Wohnungen, Umzugsberatung und -unterstützung, Anreize zu Vermieten und im Neubau beispielsweise eine kompakte Bauweise oder die Errichtung kleiner, barrierefreier Wohnungen für ältere Bewohner*innen.

Insgesamt wird deutlich, dass die Verringerung der Wohnfläche pro Person (bzw. Vermeiden eines weiteren Anstiegs) große gesellschaftliche Vorteile mit sich bringt. Jedoch stehen diesem Ziel zahlreiche Hemmnisse entgegen. Außerdem befinden sich politische Instrumente und Maßnahmen in der Entwicklungs- und Erprobungsphase.

Fragen/Diskussion der Teilnehmer*innen

- **F.-J. Gerbens** ergänzt als Motiv für private Wohnungsunternehmen die geringeren Baukosten. Dadurch kann finanzierbarer Wohnraum gebaut werden. Auf welche Wohnfläche würde der Nutzer verzichten?
  → **T. Kenkmann:** Dies ist sehr unterschiedlich und kann nicht pauschal beantwortet werden.
  → **A. Hörter:** Es muss klar differenziert werden zwischen Bestand und Neubau, denn hier geht es um Bestandswohnungen, die bereits zu groß vorhanden sind.
- **M. Knüppel**: Ist die Wohnungssituation vor allem ein Problem in den Ballungszentren und Städten und weniger im ländlichen Raum? In diesem Fall könnten die ländlichen Räume aufgewertet werden, damit das ländliche Wohnraumangebot attraktiv ist und die Problemstellung entlastet wird.
  → **T. Kenkmann:** In Ballungsgebieten kommt es aufgrund der hohen Preise zum Umzug in den ländlichen Raum.
  → **T. Blumenbach:** Gleichzeitig ist Neubau im Ballungsraum eigentlich nur noch möglich, wenn ein Gebäude gekauft und abgerissen wird, da sonst keine Flächen vorhanden sind.
- **H. Kahler:** Neben dem Mangel an entsprechend kleinen Wohnungen ist auch zu berücksichtigen, wie die Wohnungen ausgestattet sind. Viele Personen haben das Bedürfnis nach Privatheit, vor allem ältere Menschen möchten nicht mehr umziehen. Hier fehlt es an Wohnkonzepten, um Anreize zu schaffen. Es stellt sich die Frage, wie man die Zielgruppe erreicht.
  → **T. Kenkmann:** Der Umzug im Alter bspw. in eine Seniorenresidenz ist in anderen Ländern viel ausgeprägter. Ein Altersheim hat in Deutschland einen eher schlechten Ruf. Hingegen sind Plätze in einer Seniorenresidenz rar. In Städten ist das Problem, dass es keine Grundstücke gibt, die dafür genutzt werden könnten. Für eine Flächenumwidmung müsste der Bebauungsplan geändert werden und stößt damit an Schwierigkeiten.
  → **A. Kramer:** Für eine Umsetzung fehlt es an Regulierung, wie beispielsweise steuerliche Anreize. Gibt es regulative Ansätze?
  → **T. Kenkmann**: Es wurde die Wohnflächensteuer untersucht. Allerdings waren die Datenverfügbarkeit und Vollzugskontrolle eine Schwierigkeit.
  → **N. Probst:** Eine Pflichtsteuer oder ähnliches würde sicher nicht funktionieren, da oftmals ein emotionaler Bezug besteht und über Jahre viel ins Eigenheim investiert wurde. Lukrative Angebote und Barrierefreiheit können Anreize darstellen.
  → **T. Blumenbach:** Wohnungen mit wenig Fläche sind eher für Studenten vorhanden. Es gibt kein gutes Angebot an kleinen Wohnungen für den Otto Normalverbraucher. Obwohl es sicher viele gibt, die bspw. nach Versterben des Partners kein großes Haus Instandhalten wollen.
  → **D. v. Krosigk** berichtet von Wohnprojekten, die ebenfalls eine gute Alternative darstellen. Allerdings ist das Angebot gering.
  → **F.-J. Gerbens:** Im „Herzkamp“ werden 4-Zimmer-Wohnungen mit 90 m^2 gebaut. Wenn wir Wohnraum für mittleres Einkommen haben wollen, müssen diese kleiner sein. In einem halben Jahr kann Gundlach über die Nachfrage in einem entsprechenden Projekt berichten.

	→ **A. Kramer**: Im Eigentumsmarkt sieht es ähnlich aus, ideal sind Zwei-Zimmer-Wohnungen mit einer geringen Wohnfläche unter 60 m^2. Gleichzeitig ist es Irrsinn, wenn Flächen für das Auto vorgehalten werden müssen. Es braucht offenere Wohnkonzepte. ▪ **A. Hörter**: Da das Thema offensichtlich vielfaches Interesse weckt, kann dies gerne bei einem nächsten Treffen der Partnerschaft für Klimaschutz aufgegriffen werden.
	→ Anlage: Vortrag „Effiziente Wohnraumnutzung. Ziele und Strategien." T. Kenkmann, Öko-Institut e.V.
TOP 5	**Wie weiter mit der Klima-Allianz 2020?** <u>Astrid Hoffmann-Kallen, Klimaschutzleitstelle LHH</u> Von Seiten des Umwelt- und Wirtschaftsdezernats gibt es ein positives Signal zur Fortführung der Klima-Allianz. Eine weitere Reduzierung der THG-Emissionen ist nach wie vor notwendig, um das Ziel der Klima-Neutralität bis 2050 zu erreichen. Außerdem könnten neue Themen wie Digitalisierung, Smart City, E-Mobilität und Sektorenkopplung einbezogen werden. Ebenso kann ein neues Format für die Partnerschaft für Klimaschutz überlegt werden, oder aber es wird in dieser Form weitergeführt. Die Klimaschutzleistelle der LHH ist dafür offen. Gerne soll auf der Jubiläumsfeier der Klima-Allianz im September ein Ausblick gegeben werden. **<u>Fragen/Diskussion der Teilnehmer*innen</u>** ▪ **N. Probst**: Leider ist die Partnerschaft für Klimaschutz von Seiten der Wohnungswirtschaft über die Jahre kleiner geworden. Daher sollten sowohl alte als auch neue Akteure wie Baugenossenschaften, WEGs, Haus und Grund, WGH und weitere für eine Teilnahme aktiviert werden. → **A. Hörter:** Es wird immer wieder versucht, auch neue Akteure zu gewinnen. Ein neues Format könnte ggf. ein guter Anreiz sein. ▪ **D. Schneider:** Klimaschutz hört 2020 nicht auf. Entsprechend sind wir verpflichtet, weiter zu machen. → **Hörter:** In welcher Form soll es weiter gehen, soll es weiterhin regelmäßige Treffen geben? Welche Themen und Vorstellungen bestehen? ▪ **F.-P. Ahlers** spricht sich für eine Fortführung der Partnerschaft für Klimaschutz aus. Dafür sollte noch einmal in den Masterplan und die Maßnahmen geschaut werden. ▪ **F.-J. Gerbens:** Klimaschutz braucht Impulse. In seiner Wahrnehmung hat die Bedeutung abgenommen. Daher wäre ein Impuls von allen Seiten wichtig. Außerdem ist es gleichzeitig für alle Partner imagebildend. ▪ **C. H. Hecht** findet es wichtig, dass die Gruppe weiter fortbesteht mit seinen verschiedenen Akteuren aus unterschiedlichen Berufsgruppen. ▪ **N. Probst:** Es hätte eine schlechte Außenwirkung, wenn wir uns auflösen. ▪ **S. Lohoff:** Für den Mieterbund geht es oft stark ins Technische, daher sollte die Nutzerseite künftig stärker einbezogen werden. „Wohnen leitet Mobilität", Carsharing-Ansätze könnten als Beispiele thematisiert werden. ▪ **H. Kahler:** Baukosten sind ein relevanter Faktor und sollten berücksichtigt werden. Dass Wohnungen nicht gebaut werden können bei zu hohen Baukosten, wird durch die anderen Faktoren nicht gelöst ▪ **S. F. Andres** ergänzt, dass Mobilität nicht gleich PKWs sind und Alternativen wie Lastenräder, Pedelecs und deren Unterbringung betrachtet werden sollten. Das grundsätzliche Statement der Hochschule ist eine weitere Begleitung des Masterplanprozesses und da-

	mit natürlich auch, dass es für sie in der Partnerschaft für Klimaschutz weiter geht. ▪ **A. Hörter:** Folglich sollte es mehr Vernetzung der Themen Mobilität, Nutzerinteressen und der Vernetzung von Akteuren geben. Beim nächsten Termin im November wollen wir uns mit Baustoffen beschäftigen. Gegebenenfalls könnte Mobilität und Wohnen als zweiter Teil ergänzt werden. → **F.-P. Ahlers** regt an, dass A. Hoffmann Kallen Kolleg*innen aus der Verkehrsplanung hinzuholt. → **C. H. Hecht:** Die Stadt Offenbach ist Vorreiter im Thema Elektromobilität. Beispielsweise wurde die Stellplatzverordnung novelliert und in einem Baugebiet ein intelligentes Verkehrskonzept mit E-Mobilität umgesetzt. Die Stadt Offenbach bietet eine Reihe an Anregungen, welche die Stadt Hannover für sich diskutieren könnte. → **A. Kramer** schlägt vor, Stadtbaurat Uwe Bodemann einzuladen. ▪ **A. Hörter** fasst zusammen, dass ein eindeutiges Votum der Teilnehmer*innen für eine Fortführung der Klima-Allianz besteht.
TOP 6	**Verschiedenes** **<u>Nächste Termine:</u>** 10 Jahre Klima-Allianz Mittwoch, 19. September 2018 16:00 – 18:30 Uhr **<u>Nächster Sitzungstermin:</u>** Dienstag, 27. November 2018 14:00 – 17:30 Uhr Kreislaufwirtschaft Baustoffe Eine Einladung mit der Tagesordnung wird rechtzeitig vorab versendet.

Hannover, den 16.07.2018
gez. Christina Deike
4K │ Kommunikation für Klimaschutz